

# Aktuelle Probleme des EMD

Autor(en): **Ernst, Hans-Ulrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **55 (1980)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-703690>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Aktuelle Probleme des EMD

Oberst i Gst Hans-Ulrich Ernst, Bern, Direktor der Eidg. Militärverwaltung

*Unter den aktuellen Problemen des EMD stehen heute Rüstungsprobleme und Finanzfragen im Vordergrund. Die nachstehenden Ausführungen sollen die Schwierigkeiten aufzeigen, die sich aus der Sicht des EMD stellen.*

## Rüstungsprobleme

Die Kontroversen des vergangenen Jahres um die Beschaffung der amerikanischen Panzerhaubitze M-109 und den Schweizerpanzer 68 sind typisch für das Spannungsfeld, in das unsere Rüstungspolitik hineingestellt ist. Es geht um die Frage, ob Rüstungsmaterial im Ausland oder im Inland beschafft werden soll. War diese Frage in den Zeiten der Hochkonjunktur noch von geringem innenpolitischem Interesse, so gehört sie heute zu den Grundsatzentscheidungen und Rahmenbedingungen jedes Rüstungsvorhabens und muss sehr sorgfältig abgeklärt werden.

Die Freiheit der Wahl zwischen Inland- und Auslandbeschaffungen ist stark eingeschränkt. Einmal muss in einer Milizarmee aus unterhalts- und ausbildungstechnischen Gründen das eingeführte Kriegsmaterial während längerer Zeit aus der gleichen Quelle bezogen werden, unabhängig davon, ob inzwischen vielleicht auf dem Inlandmarkt vergleichbare oder bessere Produkte erhältlich wären. Zum andern verhält es sich bei der Rüstungsbeschaffung keineswegs so, dass der Konsument König wäre. Nicht einmal der harte Schweizerfranken oder die negative Handelsbilanz der USA räumen uns eine Sonderstellung ein. Der gegenwärtige Präsident hat seinen Wahlkampf unter anderem mit dem Versprechen auf eine Drosselung der Waffenausfuhr geführt. Wir stehen deshalb bei Bestellungen in den USA in einer harten Konkurrenz mit anderen ausländischen Interessenten, die ebenfalls einen Teil der jährlichen Ausfuhrquote beanspruchen wollen. Beim M-109 bedurfte es mehrfacher Interventionen auf höchster Ebene, bis die Schweiz zum Kaufabschluss ermächtigt wurde und in die gewünschte Produktionslinie einsteigen konnte. Eine Verzögerung der Verabschiedung eines benötigten Verpflichtungskredites aus innenpolitischen oder anderen Gründen kann bereits zum Scheitern einer Beschaffung führen. Bei der Beschaffung von Kriegsmaterial im Inland geht es vorab um die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Längerfristig kann aber das damit gewonnene Knowhow Schrittmacherdienste für den technischen Fortschritt leisten. In unserer Milizarmee sind wir überdies darauf angewiesen, dass die Spezialisten ihren Erfahrungsschatz aus dem zivilen Beruf mitbringen. Wenn wir Kriegsmaterial im eigenen Land entwickeln und herstellen, kann die Armee die Unterhaltsspezialisten aus den Rüstungsbetrieben rekrutieren. Die Herstellung im eigenen Land erleichtert eine spätere Kampfwertsteigerung, was bei der traditionell langen Nutzungsdauer von Kriegsmaterial in unserem Lande von Bedeutung sein kann. Trotz den Vorteilen, die eine Herstellung im eigenen Land bietet, tun wir wenig zur Erhaltung oder gar Neuschaffung von Rüstungsbetrieben. Nur wenige Betriebe sind in der Schweiz schwergewichtig auf dem Rüstungs-

sektor tätig. Andere haben die Produktion eingestellt oder ins Ausland verlegt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die ausserordentlich

## rigorose Kriegsmaterialgesetzgebung.

Kein anderer Industriestaat kennt ähnlich einschneidende Bestimmungen. Die Aufsicht über die Kriegsmaterialexporte ist das einzige Gebiet, wo an Stelle der allgemeinen Verwaltungskontrolle eine spezielle, institutionalisierte Parlamentsaufsicht eingeführt worden ist. Der knappe Ausgang der Abstimmung über die Waffenausfuhrverbots-Initiative im Jahre 1972 wird so interpretiert, dass eine strenge Handhabung der Bestimmungen offensichtlich der Auffassung der Mehrheit unseres Volkes entspricht. Für Firmen, denen dauernd Ausfuhrverbote eröffnet werden müssen, ist oft nicht verständlich, weshalb andere Länder nach reinen Opportunitätsgesichtspunkten handeln können, während wir ohne Möglichkeit einer largeren Auslegung an ausserordentlich strenge Vorschriften gebunden sind. Tatsache ist, dass die Waffenausfuhr heute lediglich rund 1% des gesamten schweizerischen Exportes ausmacht und in letzter Zeit sinkende Tendenz aufweist. Damit sind auch die Dimensionen des Problems gegeben.

Das Militärdepartement hat sich langfristig zum Ziel gesetzt, im Jahresdurchschnitt rund 70%, d.h. rund 600 Millionen Franken pro Jahr für Beschaffungen im Inland auszugeben. Davon fallen rund 485 Millionen Franken auf private Firmen und 115 Millionen Franken auf die Militärwerkstätten. Es wird angenommen, dass Armeeaufträge – ohne Bauten – rund 12000 einheimische Arbeitsplätze sichern.

Die Rüstungsbeschaffung scheint gegenwärtig durch Rückschläge und Schwierigkeiten gekennzeichnet zu sein. Gründe mögen sein

- die schmale Erprobungsbasis
- der Umstand, dass bis an die äusserste Grenze der technischen Möglichkeiten gegangen werden muss
- schwankende innenpolitische Bereitschaft für Rüstungsbeschaffungen
- dominierende Einflüsse ausserhalb militärischer Gesichtspunkte, wie Konjunkturlage, Finanzen, etc.

Eigenproduktion ist oft nicht nur risikoreicher, sondern auch teurer als ein Kauf «ab Stange» oder in Form irgend einer Beteiligung. Bei der Finanzlage des Bundes erhält dieses Argument zunehmende Bedeutung.

## Finanzfragen

Die Anstrengungen zur Sanierung des Bundeshaushaltes sind bisher bekanntlich gescheitert. Wohl wurden auf der Ausgabenseite seit 1974 durch mehrere Spargesetze und restriktivere Finanzpläne gegen drei Milliarden Franken Ausgaben abgebaut, wovon das EMD etwa eine halbe Milliarde Franken zu tragen hatte. Trotzdem hat der Souverän zweimal mit diskussionsloser Mehrheit zusätzliche Einnahmen verweigert. Der Sparzwang führt dazu, dass der Kampf um die Verteilung der Bundesfinanzen immer härter wird und die Landesverteidigung

vor eigentliche Schicksalsfragen stellt. Dabei muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Militärausgaben seit 1960 beträchtlich unter dem Durchschnitt der übrigen Bundesausgaben zugenommen haben. Der Ausbau des Sozialstaates ist durch die Wehraufwendungen nie gefährdet worden.

Im Gegenteil hat sich der Anteil der Militärausgaben ständig zurückgebildet und beträgt heute weniger als 20%. Auch gemessen am Anteil des Verteidigungsaufwandes am Bruttosozialprodukt liegt die Schweiz international hinter vergleichbaren Staaten zurück.

Dies ist auch dann richtig, wenn man berücksichtigt, dass die Schweiz dank des Milizprinzips eine ausserordentlich kostengünstige Landesverteidigung besitzt.

Aus heutiger Sicht muss man sich fragen, ob unser Land nicht in den Jahren der Hochkonjunktur zu wenig für seine Landesverteidigung geleistet hat. Tatsache ist jedenfalls, dass ein beträchtlicher Nachholbedarf aufgestaut wurde und gefährliche Lücken in der Bewaffnung und Ausrüstung bestehen, wie z.B. die noch immer nicht ersetzten Venoms, der ungelöste Flabschutz für mechanisierte Verbände und die Panzerabwehr.

Das EMD hat seit den frühen sechziger Jahren seine Finanzplanung verbessert und ausgebaut. Die grossen Probleme liegen beim Rüstungsmaterial. Währenddem die Betriebsausgaben, Aufwendungen für Bauten und kleinere laufende Investitionen dank einschneidenden Massnahmen in engen Grenzen gehalten werden können, sind beim Kriegsmaterial für eine zeitgerechte Verwirklichung des Armeeeitbildes leider beträchtliche Zuwachsraten erforderlich. Der Bundesrat sah sich vor die Aufgabe gestellt, das voraussichtliche Budgetdefizit für 1980 in einem politisch und wirtschaftlich tragbaren Rahmen zu halten. Auch das Militärdepartement musste Abstriche vornehmen. Heute steht fest, dass auf die RAPIER-Vorlage mindestens vorläufig im vorgesehenen Beschaffungsumfang verzichtet werden muss. Die Lösung des brennenden Problems des Flabschutzes für unsere mechanisierten Gegenschläge steht somit weiter an.

Die fehlenden Finanzen zwingen heute zu Entscheidungen und zu definitiven Verzicht. Selbstverständlich wird man immer wieder prüfen, ob die laufenden Ausgaben nicht zugunsten der Investitionen weiter reduziert werden könnten. Man muss aber vor Illusionen warnen. Schon heute liegt die Investitionsrate bei den Wehraufwendungen sehr hoch. Es gibt auch bei uns Grenzen, wo Ausbildung und Unterhalt am modernen Gerät nicht ungestraft unter ein Minimum gedrückt werden können.

Rüstung und Finanzen sind zweifellos eng miteinander verknüpft. Angesichts eines kaum gebrochenen Rüstungswettlaufes zwischen den Grossmächten stellt sich die Frage, ob es uns gelingen wird, auch in Zukunft die notwendigen Mittel für eine schlagkräftige Armee aufzubringen, damit sie ihren Auftrag im Rahmen der Gesamtverteidigung erfüllen kann. Mangelnde Ausrüstung kann in der entscheidenden Situation nicht durch Beredsamkeit ersetzt werden. Es bedarf deshalb der Anstrengung aller, damit diese Einsichten in Volk und Parlament zum Tragen kommen.